

Ruediger Stobbe

26. Jun. 2016

Diesen Artikel finden Sie online unter  
<http://www.welt.de/156565383>01:41 | **Dublin-Verfahren**

## Viele Flüchtlinge bleiben in Deutschland hängen

Seit diesem Jahr schieben die übrigen EU-Staaten erstmals mehr Migranten nach Deutschland ab als umgekehrt. Jetzt ist es doch fast so, als dürfte sich jeder Schutzsuchende seinen Wunschstaat aussuchen. *Von*

*Marcel Leubecher*



Foto: Getty Images/Getty Images Europe

Flüchtlinge in einer Berliner Notunterkunft

Anschläge auf Flüchtlingsheime, lange Verfahren, Massenunterkünfte in Turnhallen. Es gab schon bessere Zeiten für Asylsuchende in Deutschland. Doch noch immer zieht es die meisten Flüchtlinge in die Mitte Europas. 61 Prozent der Asylanträge in der EU wurden im ersten Quartal laut Eurostat hierzulande gestellt.

Schon als die Europäer in dem lauschigen Winzerdorf Schengen übereinkamen, die Staatsgrenzen abzurüsten, war ihnen bewusst, dass daraus eine weitere Konzentration der Schutzsuchenden auf die attraktivsten Staaten folgen würde.

Dagegen errichteten sie das Bollwerk "Dublin". Mit dem nach der Hafenstadt benannten EU-Asylsystem sollten weiterreisende Asylsuchende wieder dorthin gebracht werden, wo sie erstmals europäischen Boden betreten hatten. Das hat nie richtig funktioniert. Nach Griechenland sind Rückführungen wegen der Menschenrechtslage seit 2011 ausgesetzt. Zudem wissen die Hauptzielstaaten oft gar nicht, über welche Länder ein Asylsuchender einreiste.

### Als dürfte sich jeder Flüchtling einen Wunschstaat aussuchen

Seit diesem Jahr schieben die übrigen europäischen Staaten sogar erstmals mehr Migranten nach Deutschland ab als umgekehrt. Dies geht aus einer Auswertung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hervor, die der "Welt am Sonntag" vorliegt.

Deutschland versucht demnach in den meisten Fällen gar nicht, Ankommende in einen Durchreisestaat zurückzuführen. Von Januar bis Mai stellten zwar 309.785 Ausländer hierzulande einen Asylantrag – dem standen im gleichen Zeitraum aber nur 18.668 Übernahmeanfragen an andere Staaten gegenüber.

Zum anderen lehnen diese Länder die Anfragen oft ab. 7410 Mal war das bis Ende Mai der Fall.

Doch selbst wenn die Staaten anerkennen, dass sie laut "Dublin" für einen Asylantragssteller zuständig sind, bleibt dieser meist in Deutschland. Nur 1453 wurden tatsächlich innerhalb Europas abgeschoben. Gemessen an der Zahl der Anfragen bedeutet das eine Erfolgsquote von unter acht Prozent beziehungsweise 0,5 Prozent aller Asylantragssteller.

In die andere Richtung, nach Deutschland, überstellten die übrigen EU-Staaten laut BAMF hingegen 5467 Asylsuchende – fast jeder Dritte davon aus Schweden, wohin besonders viele weiterreisten, bevor das nordische Land seine Tore schloss. Von Januar bis Ende Mai musste die Bundesrepublik durch "Dublin" also 4014 Asylverfahren mehr betreiben, als wenn das kosten- und personalintensive EU-Asylsystem nie beschlossen worden wäre und sich jeder Schutzsuchende seinen Wunschstaat aussuchen dürfte.

### Viele Migranten tauchen vor Rückführungen lieber unter

CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach ([Link: http://www.welt.de/themen/wolfgang-bosbach/](http://www.welt.de/themen/wolfgang-bosbach/)) kritisiert: "Rücküberstellungen sind beispielsweise nach Griechenland nicht möglich, weil humanitäre und rechtliche Asylstandards nicht eingehalten werden. Deswegen muss die EU-Kommission handeln", sagte er. Es sei "von überragender Bedeutung, dass die Kommission endlich dafür Sorge trägt, dass diese Mindeststandards in ausnahmslos allen EU-Ländern strikt beachtet werden."

Weil fast alle Flüchtlinge über den Landweg einreisten, seien sie zuvor schon in sicheren Staaten gewesen. "Es gibt aber kein Recht auf Asyl im Land der Wahl. Ein Antrag muss dort gestellt werden, wo erstmals ein Staat der Europäischen Union betreten wurde", sagte Bosbach.

Sein Fraktionskollege Kai Wegner sagte: "Dublin in der jetzigen Form ist gescheitert. Einzelne Länder können die Flüchtlingskrise nicht allein stemmen." Länder, die sich der Aufnahme der Flüchtlinge entziehen, müssten auch die Kosten hierfür tragen.

Doch nicht immer sind die Länder schuld. Viele Migranten tauchen ähnlich wie bei Abschiebungen in ihre Herkunftsstaaten lieber unter, als in ein anderes europäisches Land zurückgebracht zu werden, in dem sie schlechtere Chancen auf Asyl und Arbeit haben; etliche fürchten die Trennung von Freunden.

Einen Sondereffekt gibt es im Falle Ungarns ([Link: http://www.welt.de/themen/ungarn-politik/](http://www.welt.de/themen/ungarn-politik/)). An keinen Staat richtete Deutschland mehr Übernahmeanfragen (5075) – was sich durch die dort relativ gut organisierte Registrierung erklärt. Allerdings war das aufwendige Unterfangen nur in 135 Fällen erfolgreich.

Schon im Frühjahr teilte die Bundesregierung mit, dass Ungarn die Rücknahme im Dublin-Verfahren "kontingentiert" habe – auf Nachfrage der Linke-Fraktion wurde die Zahl von maximal zwölf Personen genannt, die täglich von Montag bis Donnerstag aus allen Dublin-Staaten zurückgenommen würden.

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte vorbehalten

